



Kommunikations- wissenschaft

Der Sinn der Freiheit in der medialen Kommunikation

Benjamin Krämer

Prof. Dr. Benjamin Krämer ist Heisenberg-Profil für Kommunikationswissenschaft mit den Schwerpunkten Mediennutzung und Mediengeschichte an der Ludwig-Maximilians-Universität München.

Gibt es noch die großen Erzählungen, die dem politischen Geschehen und dem persönlichen Leben Sinn geben? Und wenn ja, drehen sie sich immer noch um Freiheit, jenen Begriff, der das politische Denken und die persönliche Selbstverwirklichung so lange prägte?

Solche Sinnerzählungen, wenn es sie denn gibt, müssten sich heute sowohl in den klassischen als auch in den sozialen Medien wiederfinden. Schaut man einmal aus der Vogelperspektive auf die öffentliche Kommunikation, also über die einzelnen Themen und deren Vermittlung in den klassischen Medienorganen und neuen Plattformen hinweg, so erkennt man meines Erachtens zwei konkurrierende Sinnerzählungen über Freiheit:

- In der ersten Erzählung speist sich Freiheit aus Verletzlichkeit, aber auch aus Vielfalt und Offenheit. Minderheiten werden benachteiligt und angefeindet und auch die Umwelt erweist sich als verletzlich. Die Anerkennung der Minderheiten und die ökologische Transformation, so die Erzählung, führten hingegen zu Freiheitsgewinnen. Denn sie eröffneten neue Spielräume nicht nur für die unmittelbar Betroffenen von Diskriminierung und Umweltzerstörung. Vielmehr würden alle von den neuen, vielfältigeren Möglichkeiten profitieren, ihr Leben zu gestalten und ökologisch zu wirtschaften.
- In der zweiten Erzählung wird darauf beharrt, dass es so etwas wie eine »normale« Lebensweise gebe, die gegen Zumutungen verteidigt werden müsse. Was einmal die Norm war – bestimmte konventionelle Lebensstile, Geschlechterverhältnisse, kulturelle Vormachtstellungen –, gelte dieser Auffassung zufolge nicht mehr ohne Weiteres als Maßstab. Teils haben sich die Verhältnisse in der Tat zumindest graduell verschoben, teils wird die alte soziale Ordnung als durch »Wokeness« oder »Political Correctness« bedroht wahrgenommen. Abweichungen vom »Normalen« werden

nicht als Vielfaltsgewinn, sondern als Verlust persönlicher oder kollektiver Freiheit aufgefasst, den man entweder resignativ hinnehmen oder aktiv bekämpfen, für den man gar die Verantwortlichen politisch oder in der öffentlichen Diskussion abstrafen müsse.

Dieses zweite Freiheitsverständnis reicht von der extremen politischen Rechten bis nunmehr weit in die Mitte des politischen Spektrums. Es findet sich nicht nur in den Postings und Kommentaren auf sozialen Medien, sondern auch in den Kolumnen etablierter Medienorgane. Auch der derzeit wohl reichste Mensch der Welt, Elon Musk, sieht den Minderheitenschutz als große Bedrohung der Freiheit und als wesentliches Hindernis eines Fortschritts, den er sich vor allem als technische Entwicklung vorstellt, die von einer meist männlichen, technikaffinen Elite vorangetrieben wird (ein Fortschritt, den er sich gewiss etwas anders vorstellt als extrem rechte Parteien und Akteure, mit denen er aber trotzdem politisch paktiert).

Für den demokratischen Diskurs birgt diese Art von Freiheitsverständnis zunehmend Gefahren. Klassisch gilt Freiheit als etwas, das erst durch moralische oder gesetzliche Regeln bestehen kann, durch gegenseitige Anerkennung und gegebenenfalls Unterstützung. Nur so kann, nach der klassischen Auffassung, die eigene Freiheit mit der Freiheit der anderen gemeinsam existieren.

Im zweiten Deutungsmuster wird Freiheit nun aber als etwas aufgefasst, das man persönlich oder als Gruppe besitzt und das man »mit Zähnen und Klauen« gegen Ansprüche anderer und gegen politische Eingriffe verteidigen muss. Freiheit bedeutet dann im Extremfall, sich allen moralischen Ansprüchen zu erwehren und sein eigenes vermeintliches Normalsein ohne moralische Grenzen gegen das vermeintlich Unnormale zu wenden. Freiheit wird dann auf Selbstbehauptung, auf Abwehr reduziert – und das geht unweigerlich zulasten der Freiheit anderer.

Die Demokratie ist in Gefahr, wenn Freiheit verstanden wird als Selbstbehauptung und Abwehr gegenüber anderen.

In den sozialen Medien und anderen Diskursräumen ist zu beobachten, wie mit Verweis auf ein solches Verständnis von Freiheit alle abweichenden politischen Forderungen abgetan, ja angefeindet werden. Denn wer sich in einem Kampf um die eigene Freiheit oder um die Selbstbehauptung der eigenen Gruppe sieht, betrachtet andere nicht als Teilnehmende am demokratischen Diskurs, sondern als Gegner, denen man zumindest keine Antwort schuldet oder die man sogar kommunikativ und politisch als Feinde bekämpfen muss. Wenn ein Freiheitsbegriff aber einen solchen politischen Kampf rechtfertigt, so droht er paradoxerweise selbst in den Autoritarismus zu führen.

